

feiern. An diesem Tage trat im Jahre 1899 die in ihrer Bedeutung so wenig bekannte erste Gaager Konferenz zusammen, der am 15. Juli 1907 die zweite folgte. Wäre man diesen verständigen, mit beachtlichem Erfolg bereits beschrittenen Weg weiter gegangen, so wären wir wahrscheinlich schneller und sicherer zur Organisation der Welt, zum wahren (noch immer fehlenden) Völkerbund gelangt, als auf dem blutigen Umweg über den Weltkrieg.

Der Tag der Gründung des tatsächlichen Völkerbundes, zu dem bisher erst kümmerliche, wenig brauchbare Ansätze da sind, das wäre ein Tag zum Feiern und Frohlocken.

Dasselbe wird man von dem Tag sagen können, der uns eine Revision der Fundamente des Verfallenen Vertrags bringt. Denn wird dieser Zwangsvertrag nicht demnächst auf eine andere Grundlage gestellt, dann werden wir zu unserem und Europas Schaden in den Abgrund, an dessen Rand wir stehen, hineinstürzen.

Wädhle bald Grund zum Feiern sein. Sedan- und Pittich-Tage sind es nicht.

Die russische Täuschung.

In einem zweiten Artikel der „Freiheit“ gibt Wilhelm Dittmann einen allgemeinen Überblick über die Zustände in Rußland, während er gestern nur von den traurigen Erfahrungen der nach der Maschinenfabrik von Stolomna verdrängten 120 deutschen Industriearbeiter sprach. Dittmann hebt einleitend die Tatsache hervor, daß Rußland sich seit 1914 im Kriegszustand und seit 1917 im Bürgerkriegszustand befindet, ferner, daß es von West-Europa ziemlich abgeschnitten ist, und fragt schließlich, wie sich unter diesen Umständen denn idyllische Verhältnisse hätten entwickeln können. Auch wir, die im Gegensatz zur unabhängigen Presse stets die Zustände in Sowjet-Rußland als sehr schlimm bezeichnet hatten, haben niemals verjäumt zu betonen, daß die Entente durch die Fortsetzung des Kriegszustandes und der Modade einen großen Teil der Schuld an den traurigen Verhältnissen in Sowjet-Rußland trägt. Aber es ist eine Tatsache, die durch zahlreiche Beobachter bestätigt worden ist, daß das innere Rußland, namentlich die großen Hauptstädte Petersburg und Moskau, während der ersten Kriegsjahre und selbst nach der Kerenski-Revolution ziemlich unverändert fortlebten, was ja bei den ungeheuren Entfernungen dieser Zentren von den Fronten und bei den natürlichen Reichümern Rußlands nur sehr erklärlich ist. Der Niedergang Sowjet-Rußlands, das materielle Aussterben der russischen Städte datiert erst von der bolschewistischen Revolution.

Dieser materielle Niedergang wird übrigens von den Bolschewiki offen zugegeben, dafür soll aber ja in geistiger Hinsicht Außerordentliches geleistet worden sein für die Verwirklichung des Sozialismus. Der neue Dittmannsche Artikel zerstört aber auch diese Illusion. Dittmann schreibt:

Der Hauptrepräsentant der russischen Rückständigkeit ist der Bauer. Und in diesem Lande sind 75 Prozent der Gesamtbevölkerung Bauern! Aber nicht Bauern im westeuropäischen Sinne. Bauern, die noch bis zur Revolution unter der Knute des Zarenregiments in Rechtslosigkeit und schwarzer Unwissenheit hingerodert. Die Revolution hat diese primitiven Menschen nicht ändern können. Sie sind auch heute weder Sozialisten noch Kommunisten, haben von Politik, Staat und Gesellschaft überhaupt kaum rechte Vorstellungen. Sie können nicht lesen und nicht schreiben, ihr allgemeiner Horizont reicht kaum über ihre eigene Scholle hinaus, wie es etwa beim deutschen Bauern im Mittelalter der Fall gewesen sein mag.

Diese träge Bauernmasse, dieser gewaltige Block von 75 Prozent der Gesamtbevölkerung, wurde trotz seiner Indifferenz, ja Antipathie gegenüber Sozialismus und Kommunismus zum Fundament der bolschewistischen Herrschaft. Das materielle Interesse leitete die Bauern an das revolutionäre Regiment, das ihnen nicht

nur Frieden, sondern auch Land in beträchtlichem Umfang brachte, das Land der Gutsherren. Der russische Bauer hat jetzt mehr Land, zahlt jetzt weder Steuern an den Gutsherrn noch an den Staat, braucht deshalb Getreide, Vieh, Milch, Butter usw. nicht mehr zu verkaufen, um das Geld für die Steuern aufzubringen. Er kann diese Produkte selbst berechnen, teils im Schleichhandel verkaufen und den Erlös behalten, soweit er sie nicht bei Requisitionen zu den staatlich festgesetzten Preisen abtreten muß. Ist es da ein Wunder, daß die „antikollektivistischen“ Bauern die bolschewistische Regierung, die ihnen diese gewaltige Verbesserung ihrer materiellen Lage beschert hat, verteidigen, aus Angst, daß ihnen ein anderes Regime Land und Steuerfreiheit wieder nehmen könnte? Nebenbei: Wo haben wir in Deutschland einen solchen materiellen Reiz, der drei Viertel der Gesamtbevölkerung so fest an eine sozialistische Regierung bindet, wie die Landfrage die russische Bauernmasse an die Bolschewistenherrschaft fesselt? Allerdings nur solange fest, als der Eigentumstausch im Bauern nicht durch ernsthafte Versuche, den Kommunismus auf dem Lande in die Praxis umzusetzen, zur Gegenwehr aufgefordert wird.

Für „Vorwärts“-Leser und besonders sozialdemokratische Versammlungen werden wohl diese Gedankengänge nicht allzuviel neues enthalten — für unabhängige Leser bedeutet dies geradezu eine Verlehrung sämtlicher falschen Anschauungen, die von der U. S. P. jahrelang geflüstert gelehrt und genährt worden sind.

Aber auch in den Städten ist von Sozialismus und Kommunismus in dem von der deutschen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten hochgehaltenen Sinne nicht die Rede:

„Wie auf dem Lande, so konnte deshalb auch in der Stadt und in den Industriezentren Lenins zündende, auf die primitive Geistesverfassung der Bauern und Arbeiter eingestellte Parole: „Enteignet die Enteigner! Plünder die Plünderer! Raubt das Geraubte!“ ohne große Widerstände wörtlich befolgt werden. Wie die Bauern das Land der Gutsherren, so nahmen die Industriearbeiter die Werke und Betriebe der Kapitalisten unmittelbar an sich.

Das war jene Zeit der bolschewistischen Revolution, in der das Wort: „Alle Macht den Arbeitern, Bauern- und Soldaten-Räten!“ alles beherrschte. Diese Zeit ist heute längst vorbei! Sie hat kaum ein Jahr gedauert. In ihr kamen die bolschewistischen Führer zu der niederdrückenden Erkenntnis, daß weder die stupide Bauernmasse in den Dörfern, noch die Mehrheit des Industrie-proletariats für die demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft und des Staates in sozialistischem Sinne reif und fähig war.“

Und nun lassen wir noch einige Feststellungen Dittmanns folgen:

Nur auf dem Fundament der Passivität und Kulturlosigkeit der russischen Volksmasse in Stadt und Land konnte die bolschewistische Diktatur errichtet werden. . . .

Nach dem offiziellen Bericht des Revolutionären Tribunals sind vom 15. Juni bis 15. Juli dieses Jahres, also innerhalb eines Monats, noch 888 Personen auf Befehl der außerordentlichen Kommission erschossen worden, außer den „administrativen“ Erschießungen.

Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als Kommunisten so gut wie aufgehoben, die Wahlen zu den Sowjetkörpern erfolgen öffentlich in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die Wahlen sind meist indirekte und erfolgen unter terroristischem Druck, so daß eine Opposition schwer aufkommen kann, unbequeme Wahlen werden fälscht. Darüber habe ich in Moskau aus absolut zuverlässiger Quelle allerlei Beweismaterial erhalten.

Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als „Deserteure der Arbeitsfront“ in

Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis zum 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird.“

Da das Mitgliedbuch der kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgendein Amt in der Sowjetbureaucratie angesehen wird, drängen sich unausgesehene zweifelhaftige Elemente in die Partei, die man durch summarische Reinigungen in periodischen Abständen wieder auszuscheiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureau der Sowjeteinrichtungen Unterschlupf und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei“ ist der größte Teil in irgendeiner Sowjeteinrichtung angeheilt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralbüros der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Proz., als Arbeiter tätig!

Damit ist der Riesenbetrug, der am deutschen Proletariat seit bald zwei Jahren mit der Sowjet-Herrschaft systematisch verübt wird — versucht nicht zuletzt durch die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie — reslos aufgedeckt.

Die Reichskonferenz der U. S. P.

In einem kleinen Konferenzsaal des Reichstagsgebäudes hat am heutigen Mittwoch die von der U. S. P. einberufene Reichskonferenz begonnen, die sich mit der infolge der Beschlüsse des zweiten Kongresses der Dritten Internationale entstandenen tiefgehenden Differenzen in der Partei befaßt wird.

Die Besprechungen, die unverblühten Charakter haben und nicht zu Beschlüssen führen werden, begannen um 10 1/2 Uhr. Fast alle Mitglieder der Reichstagsfraktion der U. S. P. waren erschienen, so u. a. Ledebour, Adolf Hoffmann, Frau Sieb. Gezer. Die Konferenz war von 100 Delegierten der Partei besucht, Abgeordneten, Schriftleitern der Parteizeitungen, Parteisekretären und je einem Delegierten eines jeden Bezirks. Das Referat über den Kongress in Moskau übernimmt Crispian und als Korreferent ist Däumig vorgelesen.

Die Verhandlungen dürften aller Voraussicht nach sich bis zum Donnerstag hinziehen. Die Beratungen werden im Stenogramm von der unabhängigen Presse veröffentlicht werden. Innerhalb der U. S. P. soll dann von den Mitgliedern sowohl in der Presse als auch in Zusammenkünften Stellung für oder gegen den Anschluß an Moskau genommen werden. Eine endgültige Entscheidung über die Haltung der Partei wird jedoch nicht vor dem Zusammentritt des Parteitages der U. S. P., der im November oder Dezember abgehalten werden soll, gefaßt werden.

Die Verhandlungen in Württemberg.

Standpunkt von Regierung und Arbeiterschaft.

Stuttgart, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Dienstag vormittag begannen die Verhandlungen zwischen Aktionsausschuss, Regierung und Vertretern der ausstehenden Firmen. Die Regierung vertritt folgenden Standpunkt: Sie verlangt die unverzügliche Anerkennung des Steuerabzuges durch jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten. Die Zurückziehung der Truppen könne erst nach vollständiger Beilegung des Streiks erfolgen. Zur Behandlung der Frage der Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten erachtet die Regierung den Stuttgarter Aktionsausschuss als nicht kompetent, es seien Vertreter der Betriebe und Gewerkschaften hinzuzuziehen. Die Unternehmervertreter verlangen außerdem die Hinzuziehung der christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften zu den Verhandlungen. Es erfolgte auf Antrag des Aktionsaus-

Neue Musik.

Von Kurt Singer.

Von dem neuen Geist, der seit Jahren die Dichtkunst und Malerei fördernd antreibt und antregend fördert, läßt sich auch die Musik nicht mehr frei. Die Schar vor dem Urteil der Nachwelt, der Respekt vor dem in Gedanken und Form übermächtig stabilisierten Klassischen und vorklassischen Gestalter, die krasse Abwegigkeit und Bewußtheit mancher Reutöner, deren sinnliche Kunstleistungen gar zu oft mit der verführerischen Schönheit ihrer Theorien im Widerspruch stehen, all diese starken Empfindungen hemmen heute noch ein freies, beweisendes und behaftendes Urteil über die neue Musik. Das aber ist schon heute zu sagen: Der Geist, der zu einem Weiterstreiten zwingt, der Wille, der aus der Schablone heraustritt, ist schon darum zu begründen, weil eine in ihren gefühlbetonten Erlebnissen so gänzlich anders gearteten Zeit wie die heutige, auch einen anderen künstlerischen Niederschlag, einen anders spezifizierten Stil verlangt, als etwa das Jahrhundert Bachs oder Schuberts. Musik ist eine besondere Ausdrucksform des Gefühls; sie bleibt nur wahr und lebendig, wenn sie alle Empfindungsfalten der Gegenwart sich zu eigen macht und zum Erklingen bringt.

Aber weder die Natur noch die wahre Kunst macht exzentrische Sprünge. Und das Augergewöhnliche wird noch nicht dadurch zur Kunstleistung, daß es die aus Können, Gewissen und Verantwortunggefühl geformten Werke unserer Großmeister einfach sprengt und die wirkliche Freiheit der Form durch eine ungebundene Ausgelassenheit der Grenzen, der psychologischen und Seinsmachungs-hemmungen zu erliegen versucht. In der Musik ist mehr noch als in allen anderen Künsten der Einfall, das Motiv, die sinnliche Erfindung, das Melos maßgebend für die Wirkung auf den musikalisch klar Empfindenden. Der Weg zum Herzen soll ohne den weitesten Umweg über das Gehirn frei sein. Das soll heilsame nicht zu einer Verflüchtigung der Melodie führen, aber es soll von einer Ueberfrachtung der harmonischen, der koloristischen, der instrumentalmusikalischen Reibendige abhalten. Form und Linie, Grundriß und Aufbau, Skelet und Nerv sollen im musikalischen Kunstwerk an der ersten Stelle, mit- und ineinander verschmolzen, ihren Platz behaupten.

So sucht die neue Musiker-Generation ihren Anschluß an alte Meister und versucht, die Ausdrucksmöglichkeiten der Kunst zu steigern. Die Zwischenöne (Diatonatik), das Ganztonsystem, die Verwendung alter Kirchenorgane und exotischer Tonreihen kennzeichnen diese Bestrebungen. Hier ist nicht koloristische Spielerei und Reinerungssucht, sondern ernstes Bemühen, von der äußeren Verbrämung fort zu einer neuen Art melodischer Erfindung, ja neuer Einstellung auf die Melodie als Leitprinzip des musikalischen Schaffens hinzuleiten. Und das bedeutet, einen Weg zu finden zur Erweiterung unseres Musikempfindens überhaupt. In

den Anregungen, die da von Reger, Debussy, Schönberg, Schreier, Busoni ausgehen, steht heute noch recht viel Spekulation. Aber es ist möglich, daß der Musik aus solchen Impulsen und Ideen heraus eine spezifisch-impressionistische Sprache kommt. Rechten Endes hieße das vielleicht, aus der konventionellen harmonischen Denkwiese heraus zu einem Stil gelangen, den die einzelne melodische Linie bestimmt und regiert. Wenn hier ein Genius von formaler und melodischer Gestaltungskraft das Fetter führt, so ist der zeitgemäße, vom Geist unseres Jahrhunderts gewedete Anschluß an die größten vorklassischen Muster erreicht. Dann berühren sich Wachs und impressionistische Kunst.

Der Schrei nach dem kindlichen Zerbrechen der Form und der Abscheu vor jeder straffen Gliederung, jeder rhythmischen Einwärtsung allein führen sicher nicht zum Ziel; und ebensowenig die Kulmination dynamischer und stimmungsfördernder Effekte. Im Grunde einer Mozartschen Sonate steht doch noch mehr mehr Kunstfertigkeit und Kunstvermögen, als im freien Rau, in der sogenannten Aktionik und harmonisch unerlebbaren Aufmachung eines Schönbergerschen Quartettsatzes. Aber der Wille zur Prägnanz neuer Kunstgehalte ist da, und schon die nächsten Jahre werden zeigen, ob ihm die entsprechenden Taten folgen. Diese Tat wäre — mit Paul Bekkers („Neue Musik“, Verlag Erich Reiss) Worten zu sprechen — „der neue melodische Stil aus dem Geist der alten Polyphonie“. Und es bleibt schon heute ein Verdienst von Männern wie Reger und Debussy, aus dem Schema des erstarrten und sterilen Kompositionsbetriebs der Konserndatoristen Musiktrieb und Schwungkraft zu freierer Entfaltung wirklicher künstlerischer Begabung erzeugt zu haben. Ich behaupte: noch überzeugt mich kein modernes Musikwerk, daß wir fortgeschritten sind. Aber wir werden mit eifernden Sinnen und inbrünstigem Eudem der Seele alles Reutöneren nachspüren. Aus schuldbarer Gaultei ist schon mehr als einmal die Tat des Genius unterstanden. Die Kampfanlage des Laien und auch des Musikers hat Vach Jahrhunderte, Beethoven, Wagner Jahrzehnte ertragen müssen; und manches Hochland musikalischer alter Kultur liegt dem Blick der Heutigen nur aus einer Zufälligkeit des Geschmacks heraus verschlossen da. Die Eroica war einem Epöhe einst verständlicher melodischer Quart, der Wagner des Tristan einer ganzen Welt Gipfel der Langeweile und Oede. Seien wir aufmerksam dem Neuen gegenüber, aber nicht feig im Urteil; geben wir uns auch neuen Gesetzen hin und versuchen, ihren Ergebnissen Sinn und Wert abzugewinnen. Denn — so läßt Fikner seinen Kalestina sagen — „wer kann es wissen, ob jetzt die Welt nicht ungeahnte Wege geht, und was uns ewig schien, nicht wie im Wind verweht?“

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: „Der blonde Traum.“ Die Winterpielzeit geht ein. Was wird sie bringen? Die Wiederkehr des ewig Gleichen oder neues Streben und neue Ziele? Die Vergnügungsinstitute der leichten Unterhaltung haben am er-

proben Genre fest. Ihr Angebot wird immer noch nachgefragt. Gibt's in der Operette oder in den Schwankarien überhaupt noch erhebliche Möglichkeiten? Es scheint nicht. Da wird denn auch der bereits in Berlin gespielte „blonde Traum“ des Ungarn Földes, eine pikante Unerblichkeit von allzu großer Ausdehnung, aber mit ein paar hübschen Situationen und spannenden Uebertreibungen (die man nur das erstmal genießt), wieder seinen Zweck erfüllen. Der Einfluß, daß die nur per Telephon Weltschmerz und Gefährte in Wirklichkeit enttäuscht und erst nach wunderlicher Irrungen und Verwickelungen, Intrigen und Enttäuschungen in ihrem wahren Werte erkannt und geliebt wird, ist ganz nett. Aber das Drumherum des Offiziersmilieus ist zu banal. Direktor Möllendorf gab dem besten Leutnant alles mit: Humor, Frische, Sentimentalität und guten Stimmungswandel. Dietrich und Annunzio war Hise Ghiberti in der Rolle der verlassenen Geliebten. Eine Tanteinlage Roma von Montaghs bot ein entzückendes Intermezzo.

Wilhelm Wundt †. Der Altmeister der deutschen Psychologie, der Begründer der naturwissenschaftlichen, auf Experimente und exakter Beobachtung beruhenden Seelenforschung, ist im 89. Lebensjahre in Groß-Vohen gestorben. Seine Bedeutung, die von seinem engeren Fachgebiet aus größere philosophische Zusammenhänge erstrebte (Vollpsychologie, Logik), bedarf ausführlicher Würdigung.

Der Berliner Volk-Chor (Direktor: Dr. Ernst Runder) veranstaltet am Sonntag, den 12. Sept., 11 1/2 Uhr mittags, und am Montag, den 13. Sept., 8 Uhr abends, in der Reuen Welt ein Richard-Strass-Konzert. Das Völkermusikalische Orchester ist auf 110 Musiker vergrößert. Zum Sonntagkonzert ist noch eine kleine Anzahl Einladungen an der Tageslage zu haben.

Im Lessing-Museum spielt Donnerstag, den 2. 7 1/2 Uhr, Professor F. A. Schmidt über „Dygi und seine weltgeschichtliche Bedeutung“. Kunstchronik. Das Kunstlerhaus bringt vom 5. September an eine arabische und persische Ausstellung. Berliner Straßennamen im Bildnis und eine Kollektion des Karlsruher Malers August Kamm.

Das Berliner Zeughaus, das bisher der Militärverwaltung unterstand, ist nunmehr dem Generaldirektor der preussischen Kunstsammlungen unterstellt und den Kunstmuseen angegliedert worden. Der Neubau der Staatlichen Kunstschule. Der seit vielen Jahren an der Ufer der Volkamer- und Brunnenwaldstraße, auf dem Gelände des Alten Botanischen Gartens emporwächst, geht seiner Vollendung entgegen. Die Kunstschule wird zu Beginn des Wintersemesters aus ihren alten Räumen in der Klosterstraße in den Neubau überziehen. Der Leiter der Kunstschule, der Ausbildungsleiter der Zeichenlehrer Brunsen, ist der Professor Philipp Brand.

Güter den Russen. Die Tänzerin Anita Berber hatte sich im Rahmen des Schönheits-Wettbewerbs der Abdeit gleich zwei Unternehmern verpflichtet und ist dem ersten Unternehmer vertragsschuldig geworden, weil ihr der zweite 1000 Mark ohne Begründung am 2. d. d. gestohlen hat. In obgedachten ist beim Bericht ein Kurierverbot gegen Anita Berber erlassen worden. (Die Tänzerin scheint um so mehr einzubringen, je weniger Kohlen dabei erlösbare ist.)

Der neueste Tanz. Die Lage des Foxtrot und des Razz sind gefährlich, wenn wir der Vorhersage der amerikanischen Tanzmeister glauben wollen, die auf ihrer letzten Verammlung in New York einen neuen Tanz, den „Angelschritt“, unter allgemeinem Jubel aus der Taufe hoben. Der „Gaitter“ wird zu einer kräftigen Polonaise-Musik in würdiger und langweiliger Form gelangt und soll in moralischer wie in künstlerischer Hinsicht völlig einwandfrei sein.

schufes vorläufige Aussetzung der Verhandlungen bis 8 Uhr abends.

Eine Dienstag nachmittags stattgefundene Versammlung der Betriebsräte stimmte nach Kenntnisnahme vom Stand der Verhandlungen folgendem Antrag des Kommunisten Görnle zu: 1. Nachdem die Betriebsräteversammlung sich dem Steuerabzug unterworfen hat, muß von der Regierung sofortige Zurückziehung des Militärs aus den Betrieben und die Einstellung provokatorischer Maßnahmen der bewaffneten Macht gefordert werden. 2. Die Verhandlungen über die restlose Einstellung aller Streikenden und Ausgesperrten führt der Aktionsausschuß der Betriebsräte generell über das Land. 3. Wenn diese Forderungen von der Regierung und den Unternehmern abgelehnt werden, sind die Verhandlungen abzubrechen und der Streik in schärfster Form weiterzuführen. 4. Die christlichen und kirchlich-dünckerischen Gewerkschaften können zu den Verhandlungen zugezogen werden, wenn sie am Streik teilnehmen.

Die abends 8 Uhr wieder aufgenommenen Verhandlungen führten zu keinem abschließenden Ergebnis. Die Unternehmer hatten keine Vertreter geschickt, infolgedessen wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch, vormittags 11 Uhr, vertagt.

Die Streiklage.

Stuttgart, 31. August. (M.A.) Die Streiklage war am Dienstag unverändert. Versuche der Streikenden, die Eisenbahnen auf ihre Seite zu bringen, blieben erfolglos. Anschläge gegen die Eisenbahnen an verschiedenen Orten des Landes wurden noch rechtzeitig vereitelt, ebenso Versuche der Streikenden, Reisende am Betreten von Bahnhöfen zu verhindern. In Ulm hat eine geheime Abstimmung in sämtlichen Betrieben eine große Mehrheit gegen den Streik ergeben. Die Regierung wird die Vollstreckung erst dann aus den besetzten Betrieben zurückziehen, wenn die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern über die streitigen Fragen zu einem Ergebnis geführt haben, und die Gewähr vorhanden ist, daß die öffentliche Ruhe nicht mehr gefährdet wird.

Die Antwort der Eisenbahner.

Die am Dienstag im Berliner Gewerkschaftshaus tagenden Betriebsräte der Eisenbahndirektion Berlin, der Werkstätten und der Betriebswerkstätten des Deutschen Eisenbahnerverbandes lezten schärfsten Protest ein gegen die Erlasse des Reichsverkehrsministeriums, wonach die Kommission zur Überwachung der Truppentransporte aufgegeben werden sollen. Die Betriebsräte werden sich auch durch Drohungen mit Entlassung nicht einschüchtern lassen, sondern die Truppentransporte, Waffen, Munition und Kriegsgerät nach wie vor anhalten, bis die Reichskommission die Transporte erlaubt.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Durch M.A. wird ein Aufruf der Reichsregierung veröffentlicht, den diese schon vor einiger Zeit verfaßt und den Landesfinanzämtern mitgeteilt hatte, damit er nach Bedarf von den einzelnen Ämtern veröffentlicht werden könne. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt findet in einigen Betrieben Widerstand bei den Arbeitnehmern. Diese übersehen, daß der von der Nationalversammlung beschlossene und vom Reichstag fast einhellig beschlossene Steuerabzug eine Lebensnotwendigkeit des Reiches wie auch der Länder und Gemeinden ist. Die Arbeitgeber sind durch das Gesetz gezwungen, den Abzug bei der Lohnzahlung vorzunehmen, und nur auf diesem Wege ist es möglich, die Besteuerung des Einkommens zu sichern, ohne durch zwangsweise Beitreibung rückständiger Steuerbeträge die Existenz des Arbeiters zu gefährden. Wer sich dem Steuerabzug widersetzt, schädigt das Interesse der Arbeiter und gefährdet zugleich die Durchführung der Steuer-gesetze, von denen der Wiederaufbau abhängt. Denn eine erfolgreiche Verweigerung dieser Steuer würde von anderen Steuerpflichtigen nachgehakt werden.

Die Reichsregierung muß das Gesetz ebenso durchführen, wie sie die Erhebung der zehnprozentigen Kapitalertragsteuer durchgeführt hat und die weiteren Befehle zur Besteuerung des Vermögens durchführen wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, jedem Veruche zu gewalttätiger Ablehnung des Steuerabzuges mit allen Kräften entgegenzutreten und die zu seiner Durchführung verpflichteten Arbeitgeber und Beamten zu schützen; sie vertraut auf die Einsicht und Mäßigung der Arbeiterschaft, die sich fast überall im Reich bereits bewährt hat.

Zur Hebung der sächsischen Industrie.

Dresden, 1. September. (M.A.) Wie die „Dresdener Volkszeitung“ erzählt, hat die sächsische Regierung Maßnahmen in Aussicht gestellt, um die Notlage, in der sich die sächsische Industrie infolge der allgemeinen Stodung befindet, zu mildern. Wenn irgend möglich sollen Kostenaufträge für die sächsische Industrie vergeben werden. Zu diesem Zweck hat die sächsische Regierung sich mit den maßgebenden Sachverständigen der Textilindustrie in Verbindung gesetzt. Die Handelskammer hat das sächsische Ministerium ersucht, dahin zu wirken, daß durch die Beschaffung von Rohstoffen für Textil- und Eisenfabrikanten, sowie für das Militär sofort, und zwar nicht nur für das laufende Jahr, sondern darüber hinaus auch für das Jahr 1921 zur Vergabe gebracht werden. Die sächsische Regierung hat diesem Ersuchen entsprochen, und die maßgebenden Stellen haben zugestimmt, dem genannten Antrag nach Möglichkeit nachzukommen.

Kommunistenverhaftungen in Halle.

Auf Veranlassung der Stadtverordnetenversammlung wurden in Halle, wie die „Dena“ meldet, 7 Führer der K.A.P.D. verhaftet. Sie sind dringend verdächtig, die treibenden Elemente bei den Waffentransporten in Halle und Umgebung gewesen zu sein. Sie haben die Waffen in den Ortschaften der umliegenden Kreise gesammelt und die Transporte nach Halle in die Wege geleitet. Die Waffen sollten zur Ausführung einer großartigen Aktion verwendet werden. Die bisherigen Ermittlungen lassen vermuten, daß außer der K.A.P.D. noch weitere Kreise in die Angelegenheit verwickelt werden. Die Verhafteten haben bis jetzt jede Auskunft verweigert.

Die Streikfrage in England.

London, 31. August. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter gibt das endgültige Ergebnis der Abstimmung bekannt. Danach haben für den Streik 806 782 und gegen den Streik 288 808 Arbeiter gestimmt.

„Daily Mail“ meldet über die heutigen Beratungen des Arbeiter-Dreibundes, daß man wahrscheinlich keinen endgültigen Beschluß fassen werde, sondern daß man die Entscheidung im Kohlenarbeiterstreik dem Kongreß der Trade Unions, der am nächsten Montag in Portsmouth beginnen wird, überlassen werde.

Amsterdam, 1. September. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Der „Dreibund“, die Vereinigung der drei größten englischen Gewerkschaften, hat einen Beschluß gefaßt, der dahin geht, daß die Forderungen der Bergarbeiter recht und billig seien, und daß sie zugestanden werden sollten.

Deutschlands Vorkriegsschuld.

Amsterdam, 1. September. Nach einer Londoner Meldung hat die Bezahlung der deutschen Vorkriegsschulden an englische Gläubiger begonnen. Das Ausgleichsamt in London hat die erste Teilzahlung im Betrage von einigen hunderttausend Pfund Sterling erhalten. Eine Anzahl Gläubiger sind bereits bezahlt worden.

Prügelstrafe für Ungarn.

Wien, 1. September. (Frankfurter Zeitung.) Die ungarische Nationalversammlung hat die Anwendung der Prügelstrafe mit einigen Einschränkungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf mit einer Mehrheit von 25 Stimmen angenommen, nachdem der Handelsminister Rubnel in Vertretung des erkrankten Ministerpräsidenten die Abstimmung freigegeben hatte. Die alten Führer der ungarischen Politik Apponyi und Andrássy stimmten dagegen.

Norwegen und die Dritte Internationale.

Kristiania, 1. September. (M.A.) Eine Sprengung der norwegischen Arbeiterpartei erscheint nunmehr unvermeidlich. Die Ursache ist die Stellung eines Teils der Arbeiterpartei zur Dritten Internationale und zu der Moskauer Resolution. Die parlamentarische Fraktion der Sozialdemokratie ist entschieden abgerückt von denjenigen, die die Moskauer Resolution befürworten. Das bolschewistische Tendenzen vertretende Organ „Sjocialdemokraten“ fordert dagegen, die Moskauer Beschlüsse unbedingt zu respektieren.

Groß-Berlin

Die Umgestaltung der Park- und Gartenverwaltungen.

Wünsche der Groß-Berliner Gartenbeamten.

Die Gartenbauingenieure, Gärtner und Gartenarbeiter, der Garten- und Friedhofverwaltungen der Groß-Berliner Gemeinden und die Arbeitnehmerorganisationen haben ihr Bedauern ausgesprochen, daß bei der Schaffung von Groß-Berlin die Einrichtung eines Hauptbezirks für Grün- und Erholungsflächen, Friedhöfe und Freizeitanlagen nicht zustande kommen soll. Sie haben den zuständigen Stellen folgenden Vorschlag unterbreitet:

Unter einem Hauptbezirk für Siedlung und Verkehr wird ein selbständiges Unterbezirk für Grün- und Erholungsflächen, Friedhöfe und Freizeitanlagen geschaffen. Der Aufgabenkreis dieses Unterbezirks soll sich erstrecken auf:

1. Anlegung und Verwaltung aller städtischen Park- und Gartenanlagen, der Baumschulen, Anzuchtanstalten, Schulgärten, Obst- und Gemüsegärten, der Anpflanzungen auf Plätzen, Straßen und Alleen und auf allen städtischen Grundstücken.
2. Die Anlage und Unterhaltung aller mit Anpflanzungen versehenen Spielplätze.
3. Das Friedhofs- und Bestattungswesen.
4. Das Kleingartenwesen, soweit die gärtnerische Gestaltung und Anlage in Betracht kommt, ferner die Anweisung bei der Planung von Siedlungen und die Verwaltung von Freizeitanlagen.
5. Die Ausgestaltung und Unterhaltung der Wälder, sofern sie als Erholungsstätten dienen und in der Hauptsache nicht nur zu forstwirtschaftlichen Zwecken Verwendung finden.

Zur einheitlichen und wirtschaftlichen Durchführung der Verwaltung- und gärtnerischen Angelegenheiten in den Gartenämtern der Verwaltungsbereiche soll der Hauptgartendeputation als Beschäftigungsbehörde des Hauptparlament als Bearbeitungs- und Überwachungsstelle angegliedert werden. Zur sachmännlichen Beratung steht der Hauptgartendeputation ein Gartenbeirat zur Seite. Diesem liegt ob:

1. Die Beurteilung der Entwürfe für Neuanlagen und die Umgestaltung bestehender Anlagen.
2. Die Stellungnahme zu allen wichtigen Fragen, welche die Allgemeinbeit oder einzelne Gartenämter betreffen.
3. Aus sich heraus der Gartendeputation Vorschläge zu unterbreiten.

Zur Unterhaltung und Verwaltung sämtlicher gärtnerischen Anlagen besteht in jedem Verwaltungsbereich ein Gartenamt, das dem Hauptgartenamt und auch der Bezirksdeputation untersteht. Die Hauptgartendeputation besteht aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten, den beiden Leitern des Hauptgartenamts, ferner aus drei Mitgliedern des Gartenbeirats und drei Mitgliedern des Betriebsrats als ständige Mitglieder.

Das Hauptgartenamt soll zwei Obergarteninspektoren, dem Oberleiter der technischen Abteilung und dem Oberleiter der Verwaltungsabteilung unterstehen. Leiter der Gartenämter sollen in größeren Verwaltungsbezirken Garteninspektoren, sonst Garteninspektoren sein, mit Sitz und Stimme in der Bezirksdeputation.

Typhuserkrankungen durch Milchinfektion.

50 Krankheitsfälle in Potsdam.

Seit ungefähr 1 1/2 Wochen haben sich in Potsdam, wie und von dort berichtet wird, in bedenklicher Weise Typhuserkrankungen gebreitet. Die Ermittlungen der zuständigen Behörden ergaben die Infektion durch Milch, die von bestimmten Lieferanten kam hauptsächlich erkrankten Frauen und Mädchen, nur vereinzelt Kinder. Als Ursprungsort der infizierten Milch wurde Weesly festgestellt. Die Zahl der Erkrankten beträgt etwa 50, die bis auf drei alle in Krankenhäusern untergebracht sind. Es ist gelungen, die Erkrankungen auf ihren Herd einzudämmen. Die Milch darf jetzt nur in bakterienfreiem Zustande verlassen. Man nimmt an, daß der Höhepunkt der Typhuserkrankungen in Potsdam erreicht ist, obgleich auch in Weesly und Nachbarorten ähnliche Erkrankungen typhusähnlicher Art festgestellt sind. In allen Milchverkaufsstellen und an Milchwägen, die in Potsdam halten, sind auf Antrag der zuständigen Gesundheitsbehörden große Plakate angebracht, die vor ungeschöter Milch strengstens warnen.

Mehr Rücksicht auf Schwerverkriebsbeschädigte.

Zur Erleichterung des schweren Loses der Kriegsschädigten hat bekanntlich die Eisenbahnverwaltung in nunmehr fast allen Zügen, unter anderem in sämtlichen Zügen des Berliner Städt., Ring- und Vorortverkehrs, besondere Abteile für die Kriegsschädigten eingerichtet. Die Benutzung dieser Ab-

teile ist vor allem für die Kriegsschädigten, denen die Fahrt von und zur Arbeitsstätte, mühen sie sie lebend zurücklegen, äußerst schwer fallen würde. In der Benutzung dieser Kriegsschädigtenabteile hat sich im Laufe der Zeit ein schwerer Mißstand herausgebildet. Die Abteile sind in der Regel von solchen Personen besetzt, die dem Augenblicke nach völlig gesund sind und wahrscheinlich auch niemals Kriegsteilnehmer waren. Daher hat die Eisenbahnverwaltung die Begriffe Kriegsschädigte im Sinne der Besonderevorschriften in besonderen Abteilen genau umrissen und hat ein Merkblatt über die Fürsorge bei Eisenbahnfahrten herausgegeben, welches den Kriegsschädigtenorganisationen unentgeltlich zur Verleihung an ihre Mitglieder zur Verfügung gestellt wird.

Als schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer gelten solche Kriegsschädigte mit äußeren Schäden oder inneren Leiden, denen längeres Stehen schadet, sowie sämtliche Kriegsblinden. Schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer dürfen nach dem Merkblatt an Hochfahrten- und Gepäckhalter sowie an der Bahnsteigpforte bevorzugte Warteplätze in Anspruch nehmen. Das Eisenbahnpersonal muß sich die Unterbringung der schwerbeschädigten Teilnehmer auf Sitzplätzen besonders angelegen sein lassen. Die Abteile der Kriegsschädigten sollen nach Möglichkeit gegen den Zutritt der anderen Reisenden geschützt werden. Bei nicht voller Ausnutzung dürfen die Abteile für Schwerbeschädigte mit der Ausnahme auch für andere Reisende freigegeben werden, daß diese Reisende ihre Plätze bei Bedarf für schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer wieder räumen haben. Auch die Beförderung geschämter Kriegsteilnehmer, die ihren Fahrstuhl nicht verlassen können, ist im Badewagen zulässig, sofern dies der Gepäckverpackung bedingt ist.

Endlich ist auch noch ein Ausweis für Schwerbeschädigte vorgesehen, der von den amtlichen Fürsorgestellen der Kommunalverwaltungen an solche Kriegsschädigte auszugeben ist, die das Zeugnis des boamtesen Arztes über die Schwere ihrer Verletzung beibringen können. Der Ausweis, welcher von roter Farbe ist, gilt nur für ein Jahr. Er trägt neben der eigenhändigen Unterschrift des Inhabers noch dessen Bild und den Stempel der Kriegsschädigtenfürsorge. Diese Ausweise werden nicht mehr von der Eisenbahndirektion ausgestellt, sondern nur noch von der amtlichen Fürsorgestellen der Kommunalverwaltungen.

Diebstähle an Reisenden.

Die Ausplünderung der Berlin besuchenden Fremden ist von jeher eine Spezialität der Berliner Verbrechermwelt gewesen. Neuerdings häufen sich diese Fälle: so wurde ein großer Diebstahl gestern in einem Hotel der Friedrichstraße verübt. Einem Gaste wurde dort eine braunleberne Reitstulpe gestohlen, die 116000 Mark deutsches und 180000 Mark polnisches Geld enthielt, außerdem noch zwei Brillanten im Werte von 2000 und eine Brillantnadel im Werte von 12000 Mark. — Aus einem Diebstahl rühren ohne Zweifel elf neue Lederkoffer mit Patentverriegelung her, die von der Kriminalpolizei in einer Schankwirtschaft im Osten der Stadt entdeckt und beschlagnahmt wurden. Es war beobachtet worden, daß in der Wirtschaft ungewöhnlich viel Socken untergestellt wurden. Bei einem Besuch fanden Kriminalbeamte die Koffer, von denen der Wirt ebenfalls behauptet, daß ein unbekannter Gast sie zurückgelassen habe mit dem Bemerkten, daß er sie bald abholen werde. Die Koffer können vom Verlorenen im Zimmer 98 des Berliner Polizeipräsidium besichtigt werden.

„Wozu brauchen Sie eine Wohnung?“

Was in Berlin bei den Wohnungsinpektionen möglich ist, lehren die Erfahrungen, die ein Parteigenosse mit ihnen gemacht hat.

Seit September 1919 sucht er eine Wohnung, weil er heiraten will, doch bisher hat er keine Wohnung bekommen können. Damals ließ er sich bei der Inspektion II eintragen, und er mußte denn bis März 1920 warten, wo ihm endlich eine Wohnung in der Schötenstraße nachgewiesen wurde. Sobald er den Mietvertrag hatte, ging er zum Standesamt, um den Tag der Eheabschluss festzusetzen, und auch dabei wurden nun schamlos gehandelt. Als aber die Braut ein paar Tage darauf die Wohnung besichtigen wollte, fand sie zu ihrer Überraschung sie von anderen Leuten bewohnt. Es stellte sich heraus, daß die Inspektion einen Fehler gemacht und die Wohnung zweimal zugewiesen hatte.

Das Wohnungsgesuch des Brautpaares wurde jetzt von der Inspektion II als dringend vermerkt, hinzugefügt wurde aber der vielgelobte Rat: „Hören Sie selber umher! Bistest du glücklich zu Hause, zu erziehen, wo eine Wohnung frei wird.“ Dieses Stück widerfuhr dem lange umhergehenden Bedingtem im August 1920, wo er erfuhr, daß in der Kopenmühlstraße bald eine Wohnung frei werden sollte. Mit dem Wohnungsinhaber wie mit dem Hauswart wurde er einig, aber die Wohnung gehört zu der Inspektion VIII, bei der er nicht einmengen war. Durch Deutlichkeitsfragen ließ er sich von Inspektion II nach Inspektion VII überweisen, und er glaubte, jetzt endlich am Ziel seiner Wünsche zu sein. Doch bei der Inspektion VIII sagte man dem Dringenden: „Wozu brauchen Sie eine Wohnung? Sie können ja da wohnen; wo Sie bisher gehaut haben.“ Wieder hat er als Gast bei seinen Schwiegereltern gewohnt, die in drei Zimmern außer dem jungen Paar noch fünf Personen unterzubringen hatten. Er erklärte, daß er heiraten wolle und müsse. Ihm wurde geantwortet: „Dafür kann ich nicht — ich hätte den Fall nicht für dringend und keine Bewilligung ab.“

Die Antwort sieht ja fast so aus, wie wenn man sich noch über ihn lustig machen wollte! Wir begreifen die Erbitterung des Mannes, der sich selber eine Wohnung besorgen mußte, um noch zu erfahren, wie die Inspektion sie anderen Leuten zuweist. In diesem Monat September kann er das einjährige „Anstium“ seiner Wohnungssuche feiern, die mit Hilfe zweier Wohnungsinpektionen bisher nur Mißerfolge gebracht hat.

Eine geheime Privat-Funkanlage beschlagnahmt. Obwohl schon wiederholt auf die Bestimmungen des Telegraphengesetzes vom 6. April 1892 hingewiesen worden ist, wonach die unbefugte Errichtung von Funkanlagen unter empfindliche Strafen gestellt wird, wurde neuerdings von der Berliner Polizei wiederum eine geheime Privat-Funkanlage im Zentrum Berlins entdeckt und beschlagnahmt. Die Anzeige ist von dem Polizeipräsidenten an die Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung weitergegeben worden. Es muß immer wieder darauf gewarnt werden, Funkanlagen, auch wenn es sich nur um Empfangsanlagen handelt, ohne Genehmigung des Reichs zu errichten und zu betreiben.

Postsendungen nach Polen. Wie erst jetzt bekannt geworden ist, hat die polnische Postdirektion in Polen vor einiger Zeit ihre Postanstalten angewiesen, alle vom Ausland, also auch von Deutschland eingehenden Postsendungen, bei denen Bestimmungsort und Straße nicht polnisch angegeben ist, als unbekannt zu behandeln. Seitdem gelangen zahlreiche nach Orien in der früheren Provinz Polen gerichtete Postsendungen mit dem polnischen Vermerk, daß der Ort unbekannt sei, nach Deutschland zurück. Diese nach Polen müssen demnach, wenn sie den Empfänger erreichen sollen, die Bezeichnung „Poznan“ tragen. Wegen Änderung der Anordnung sind sofort Schritte eingeleitet worden. Zunächst aber ist es aus Gründen der unaufgehaltener Abwicklung des Verkehrs nicht zu umgehen, daß die Abänderung bei Postsendungen nach der früheren Provinz Polen den Ortsnamen und die Straße in der polnischen Bezeichnung angeben und als Bestimmungsort die Angabe „Polen“ beifügen.

Die unentgeltliche Kartoffelbelieferung für Arbeitslose. Der Arbeiterrat der Arbeitslosen teilt mit: Diejenigen Gewerkschaften, die am Montag und Dienstag dieser Woche auf ihrer Geschäftsstelle nach keinen Bezugsschein für die unentgeltliche Kartoffelbelieferung erhalten haben, werden ersucht, am Freitag und Sonnabend nochmals auf ihrer Geschäftsstelle die Bezeichnung anzufordern.

